

### ***Gute gesunde Schule***

***Was werden Sie für eine gute Unterstützung des Systems Schule durch Schulpsycholog:innen tun?***

***Wie werden insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche in ihre Maßnahmen oder Vorschläge einbezogen?***

Vor dem Hintergrund der wachsenden Herausforderungen im Schulsystem schätzen wir die wichtige Arbeit der Schulpsycholog:innen und haben daher auch in den zurückliegenden Jahren viel im Bereich der psychologischen Unterstützung getan. Der Zentrale Fachbereich für Diagnostik und Schulpsychologie (ZDS) berät und unterstützt Kinder, Jugendliche, Eltern und Pädagog:innen bei schulbezogenen psychologischen Problemen und Fragestellungen. Hierzu kooperiert der ZDS insbesondere mit der Kinder- und Jugendhilfe, mit Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie Leistungserbringern nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch wie zum Beispiel Kliniken und Sozialpädiatrischen Zentren. Die enge Zusammenarbeit der Sonderpädagog:innen sowie Psycholog:innen im ZDS liegt uns dabei im Interesse der Schüler:innen sehr am Herzen.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Arbeit des ZDS durch ein neues Mehrebenenkonzept dezentraler aufgestellt wird, damit die Hilfe direkt in den Schulen ankommt. Der Bereich Schulpsychologie wird mit 36 neuen Stellen ausgestattet, wodurch schnelle Hilfe – telefonisch oder vor Ort – abgesichert wird. Die sonderpädagogische und schulpsychologische Beratung und Begleitung wird zudem verstärkt direkt am Wohn- bzw. Schulort der Schüler:innen angeboten werden. Hinzu kommt eine zentrale Leitstelle mit Sitz im Bildungsministerium. Diese soll eingehende Anfragen der Schulen sofort aufnehmen, eine psychologische Erstversorgung sicherstellen und weiterführende Hilfe vermitteln. Zusätzlich wird es mobile schulpsychologische Teams geben, die bei akuten Problemen umgehend vor Ort unterstützen. Ergänzt wird das bestehende System weiterhin durch Schulpsycholog:innen, die fest an ausgewählten Schulen tätig sind, welche ein Familienklassenzimmer oder eine Schulwerkstatt haben oder selbst eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Verhalten sind. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass interdisziplinäre Teams fest an Schulen installiert werden und eine bessere Begleitung und Beratung für verhaltensauffällige Schüler:innen, Lehrkräfte und Eltern abgesichert ist.

### ***Zusammenhalt***

***Welche Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Verringerung von Ungleichheit beispielsweise bei Gesundheits- und Bildungschancen oder im Bereich Inklusion planen Sie?***

Wir setzen uns als SPD grundsätzlich und mit starkem Engagement für Chancengerechtigkeit von Beginn an und unabhängig von der sozialen Herkunft ein. Wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist uns ein gemeinsames

Miteinander, anstelle von Ausgrenzung. Dazu gehört auch gemeinsames Lernen im Rahmen eines durchlässigen inklusiven Schulsystems. Einer Ungleichheit der Bildungschancen wird so unter anderem durch die Umsetzung der Landesstrategie Inklusion begegnet. Der Grundsatz, dass Schule und Unterricht auf gleiche Bildungschancen für alle Schüler:innen auszurichten sind, ist in § 4 Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern festgeschrieben. Wir haben uns für eine Umsetzung der Inklusion mit Augenmaß an den Schulen eingesetzt und die Strategie zeitlich entschleunigt, um alle auf dem Weg mitzunehmen. Zur Umsetzung geben wir über 200 zusätzliche Stellen in das Schulsystem, um gleichberechtigte Teilhabe von Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf zu gewährleisten, denn wir verstehen Inklusion als gezielte individuelle Förderung von allen Schüler:innen. Die individuellen Förderangebote sollen insbesondere an den Regelschulen verbessert werden.

Neben dem Unterricht in Regelklassen werden flächendeckend eigene Lerngruppen für Schüler:innen mit starken Auffälligkeiten in den Bereichen Sprache oder Verhalten oder Lernen gebildet. In diesen Lerngruppen werden die Schüler:innen im Rahmen des Unterrichts gezielt individuell gefördert. Zwischen den Regelklassen und den Lerngruppen ist eine stetige Durchlässigkeit gegeben, um individuellen Entwicklungsprozessen entsprechen zu können.

Zum Schuljahr 2020/2021 wurden inklusive Lerngruppen an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet. Hierzu gehören die Lerngruppe Sprache, die Lerngruppe – Kleine Schulwerkstatt an Grundschulen sowie die Schulwerkstatt an weiterführenden Schulen. Des Weiteren gibt es Familienklassenzimmer im Land. Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schwerpunkten Hören oder Sehen oder körperliche und motorische Entwicklung haben die Möglichkeit, Schulen mit spezifischer Kompetenz zu besuchen. Neben den vorhandenen überregionalen Förderzentren ist ein flächendeckendes landesweites Beschulungsangebot vorhanden, welches die Schüler:innen während ihrer Schullaufbahn individuell fördert und unterstützt. Weite Wege wollen wir so vermeiden.

Den Lehrkräften wird durch wissenschaftliche Befunde kombiniert mit praktischen Umsetzungsbeispielen eine Fort- und Weiterbildung zuteil. Ziel ist es, Bildungsungleichheiten zu erkennen, sich im Team zu vernetzen und die Heterogenität im Klassenzimmer als Chance zu begreifen, damit jedes Kind sein individuelles Potential entfalten kann.

Nach einem Schuljahr unter Pandemiebedingungen sind die ersten vier Wochen des neuen Schuljahres sogenannte Anschlusswochen. Diese Zeit dient dazu, gut ins neue Schuljahr zu starten, soziale Aspekte im Miteinander zu berücksichtigen und gemeinsam das vergangene Schuljahr zu reflektieren. Ein weiterer zentraler Bestandteil der Anschlusswochen ist auch, die individuellen Ausgangslagen der Schüler:innen ohne Notendruck zu bestimmen. Ziel ist es, den nachfolgenden Unterricht an die individuellen Bedürfnisse und Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen auszurichten und so Rückstände auszugleichen und sich gemeinsam auf den Weg zu Lernfortschritten zu machen.

## **Transformation**

***Digitalisierung und Klimawandel erfordern massive Veränderungen, die eine psychische und soziale Anpassungsleistung bei jedem einzelnen notwendig machen. Wo planen Sie in den Wandlungsprozessen größere Beiträge der Psychologie ein?***

Hinsichtlich der Problemlagen von Digitalisierung und Klimawandel müssen Grundlagen der Psychologie des Menschen Berücksichtigung in der öffentlichen Kommunikation von Verwaltungen und Behörden finden. Mit Blick auf die Meinungsvielfalt in Deutschland und das Recht auf freie Meinungsäußerung werden die Transformationsprozesse von teils deutlich divergierenden Positionen geprägt, die das Spektrum von Pro zu Contra in der öffentlichen Kommunikation (bspw. in den Sozialen Medien) in der Regel in voller Bandbreite ausreizen und sich, insbesondere wenn solche Kommunikation mit einem professionellen Interesse verbunden ist, regelmäßig auch psychologischer Methoden zur Manipulation von Einstellungen bedienen. Politisches Handeln im Sinne von die notwendigen Dinge umsetzen wird hierdurch, insbesondere bei der Thematik des Klimawandels aber auch beim Thema Sars-Cov-2, oft genug behindert, da politisches Handeln in einer Demokratie mittelfristig immer auf Mehrheiten angewiesen ist.

Sowohl der politische Raum als auch das komplette Mediensystem sind in Deutschland auf solche Einflussnahme auf öffentliche Kommunikation und adäquate Reaktionen oft nur unzureichend vorbereitet. Ein Beteiligungsprozess der Psychologie lässt sich hieraus aber nur insofern ableiten, als dass psychologisches Grundlagenwissen Bestandteil der Arbeit von Kommunikatoren sein muss. Dieser Punkt ist jedoch nicht neu und nicht an die Transformationsprozesse bei Digitalisierung und Klimawandel gebunden.

Hinzu kommt, dass im Rahmen der von Ihnen angesprochenen Transformationsprozesse, eine letztendlich neu etablierte technische Lösung, also die praktische Umsetzung, auch in den Bereichen Digitalisierung und Klimawandel den jeweils einschlägigen internationalen, europäischen bzw. nationalen Produktstandards bzw. sonstigen Normen zu entsprechen hat.

Diese Standards und Normen beinhalten diverse Anforderungen an das Design der jeweiligen technischen Lösung/Umsetzung, u. a. auch bereits normative Anforderungen an die Gestaltung des Designs, den psychologischen Bereich betreffend bzw. normative Anforderungen an die Gebrauchstauglichkeit der konkreten technischen Lösung.

Ob es sich dabei, wie von Ihnen insinuiert, um bereits von der Politik einzuplanende größere Beiträge der Psychologie handelt, kann an dieser Stelle nicht ohne weiteres bejaht werden. Denn die angesprochenen Standards und Normen werden von entsprechenden Normungsorganisationen geschaffen und beziehen ihre Gültigkeit bzw. Verbindlichkeit letztlich bereits aus dem Bereich der Normung. Definitiv aber handelt es sich dabei durchaus um Beiträge der Psychologie, die im Rahmen des Designprozesses bzw. bei der Gebrauchstauglichkeit aufgrund von Standards und Normen jeweils als normative Anforderungen bei der Entwicklung von Produkten/technischen Lösungen zu berücksichtigen sind.

***Schutz für Verbraucher:innen und Psycholog:innen  
Inwieweit werden Sie Gesundheitsförderung, Prävention und psychische Belastungen in weiteren Gesetzesvorhaben aufgreifen?  
Welchen Stellenwert sehen Sie für die Berufe Psychologin/Psychologe?  
Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankert?***

Das Aktionsbündnis für Gesundheit, ein Zusammenschluss von über 40 Akteur:innen mit gesundheitsförderlichem bzw. präventivem Bezug, hat für unser Land Gesundheitsziele entwickelt. Die Gesundheitsziele bilden eine Grundlage für die Priorisierung, Konzeptionierung und Umsetzung der Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Prävention. Wir werden die nach Lebensphasen gegliederten Gesundheitsziele in der Gesundheitspolitik aktiv und geschlechtergerecht umsetzen, da wir Prävention für einen Schlüssel für ein gesundes Mecklenburg-Vorpommern halten. Hierzu wollen wir beispielsweise das Gesundheitsbewusstsein der Kinder durch schulische Angebote der Gesundheitsaufklärung fördern.

Die psychischen Belastungen werden voraussichtlich in den nächsten Jahren in vielen Lebenswelten zunehmen. Wir werden daher Ansätze unterstützen, die zu mehr Arbeitnehmer:innenschutz und zu mehr Prävention führen. Psycholog:innen werden bei der Verhinderung und Bewältigung aber auch bei der Entwicklung präventiver Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sein.

***Gesund älter werden  
Die Belastungen im Arbeitsleben, insbesondere in der Pflege und der Gesundheitsversorgung sind hoch. Welche Maßnahmen zum gesunden Arbeiten und gesunden Altern planen Sie?***

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient:innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen.

Im Bereich der Gesundheitswirtschaft hat sich Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren stark profiliert. Mit dem Masterplan Gesundheitswirtschaft 2020 und unserer bundesweit wie auch international ausgerichteten Branchenkonferenz haben wir viel erreicht. Alle Themen von der gesunden Ernährung mit regionalen Produkten über den Gesundheitstourismus bis hin zur Forschung im Bereich der Life Sciences werden dadurch vorangebracht. Nun steht der nächste strategische Schritt vor uns. Mit der Umsetzung eines Masterplans Gesundheitswirtschaft 2030 sollen weitere Zukunftsprojekte das Profil schärfen.

Schwerpunkte dabei sind:

1. die gezielte Weiterentwicklung des Life Science-Sektors mit dem Arbeitsfeld Bioökonomie,

2. Gesundheitsdienstleistungen in den Bereichen Prävention, Rehabilitation und Medizin,
3. das Kernthema „Gesundes Alter(n)“,
4. der Gesundheitstourismus mit dem Ziel Erholung und Genesung sowie
5. Ernährung für die Gesundheit.

Deshalb ist es konsequent, die Arbeit der BioConValley GmbH im Rahmen der Zukunftsagentur MV zu institutionalisieren.

Darüber hinaus hat das Aktionsbündnis für Gesundheit, ein Zusammenschluss von über 40 Akteur:innen mit gesundheitsförderlichem bzw. präventivem Bezug, für unser Land Gesundheitsziele entwickelt. Die Gesundheitsziele bilden eine Grundlage für die Priorisierung, Konzeptionierung und Umsetzung der Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Prävention. Wir werden die nach Lebensphasen gegliederten Gesundheitsziele in der Gesundheitspolitik aktiv und geschlechtergerecht umsetzen, da wir Prävention für einen Schlüssel für ein gesundes Mecklenburg-Vorpommern halten.

### ***Psychotherapieausbildung***

***Welche Änderungen planen Sie, um die weiter bestehenden prekären Situationen in der Psychotherapieausbildung aufzulösen?***

***Weitere Informationen erhalten Sie dazu beim VPP im BDP.***

Dreh- und Angelpunkt von Fachkräftegewinnung und guter Versorgung ist und bleibt die gute und faire Bezahlung der Beschäftigten. Nur solche Standorte, die ihren Mitarbeiter\*innen – egal welcher Berufsgruppe – ein attraktives Arbeitsumfeld und gute (Tarif-)löhne bieten, haben heutzutage eine Chance, im Wettbewerb um motivierte Mitarbeiter\*innen zu bestehen und dadurch letztlich die Existenz des Versorgungsstandortes zu sichern. Die Versorgung mit Psycholog\*innen und Psychotherapeut\*innen ist in diesem Zusammenhang aus unserer Sicht dringlich zu verbessern. Hierzu bedarf es einer Ausweitung der Niederlassungsmöglichkeiten für psychologische und medizinische Psychotherapeut\*innen in Mecklenburg-Vorpommern.

Durch die im Herbst 2019 von Bundestag und Bundesrat beschlossene Reform des Psychotherapeutengesetzes wurde seit dem 1. September 2020 die Ausbildung von Psychotherapeut\*innen grundlegend umgestellt. Das Gesetz sieht dabei eine geregelte Vergütung der künftigen Psychotherapeut\*innen in Weiterbildung während ihrer Praxistätigkeiten vor, die wir für dringend angezeigt halten. Als Nachteilsausgleich soll dies daher auch für aktuell in Ausbildung befindliche Psychotherapeut\*innen möglich sein. Uns ist bekannt, dass hier in praxi Verbesserungsbedarf besteht.

### ***Versorgung psychischer Erkrankungen***

**Welche Maßnahmen streben Sie an, um eine gute und sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung ohne lange Wartezeiten zu erreichen?  
Wie würden vorbeugend sensible Daten im Rahmen der Digitalisierung des Gesundheitswesens geschützt werden?**

**Stichwort: elektronische Gesundheitsakte.**

Die Versorgung mit Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen ist zu verbessern. Hierzu bedarf es einer Ausweitung der Niederlassungsmöglichkeiten für psychologische und medizinische Psychotherapeut:innen in Mecklenburg-Vorpommern.

Ganz generell setzen wir uns für eine moderne und gemeindenahere Psychiatrie ein, die speziell auch Kinder und Jugendliche sowie Ältere gut versorgt und über gut eingebundene Institutsambulanzen verfügt.

Die Digitalisierung im Gesundheitssystem soll dabei helfen, die knappen Ressourcen bestmöglich für die Versorgung zu nutzen. Vielfach kommt es zwischen den einzelnen Sektoren im Gesundheitssystem zu Reibungsverlusten, unnötiger Bürokratie, Doppeluntersuchungen und Fehlmedikation. Das belastet die vorhandenen Ressourcen und führt auch dazu, dass Patient:innen nicht bestmöglich versorgt werden.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung durch den Abbau von Bürokratie, die Vermeidung von Fehlmedikation und die Verhinderung von Doppeluntersuchungen zu verbessern. Zudem soll den Patient:innen durch die elektronische Patientenakte vieles erleichtert werden. Bei sensiblen Gesundheitsdaten steht natürlich außer Frage, dass der Datenschutz gewährleistet wird.

**Gesundheitsversorgung und Krankenhäuser in den Regionen  
Aus berufspolitischer Sicht halten wir es für dringend erforderlich,  
Krankenhäuser flächendeckend abzusichern. Schließungen von  
Krankenhäusern beziehungsweise Stationen sowie z. B. Geburtsstationen sind  
zu vermeiden. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland und vielen  
Bevölkerungsgruppen können lange Wege zur Gesundheitsversorgung nicht  
zugemutet werden, da das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs dies  
auch verhindert. So sind Geburten auf der Straße nicht familienfreundlich und  
für Mutter und das Kind gesundheitsgefährdend.**

**Welche Position nimmt ihre Partei zur Krankenhausversorgung in MV sowie zu  
insbesondere Allgemeinmediziner:innen und Kinderärzt:innen ein?**

Als SPD stehen wir auch in Zukunft fest für den Erhalt der 37 Krankenhausstandorte als medizinische Versorgungsanker in allen Regionen unseres Landes. Auch zukünftig muss es ein Netz der stationären Grund-, Regel- und Maximalversorgung geben, in dem im Interesse der Patient:innen eng zusammengearbeitet wird. Klar ist: An den gegenwärtigen Krankenhausstandorten muss ambulante und stationäre Versorgung stärker sektorenübergreifend vernetzt und telemedizinisch ermöglicht werden, damit Versorgung umfassend gesichert bleibt. Rosinen-Pickerei gerade privater Krankenhausbetreiber wird von uns nicht hingenommen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass private Konzerne nicht einzelne, möglicherweise nicht lukrative

Bestandteile von Versorgungsaufträgen zurückgeben können, sondern bei einseitiger Rückgabe von Versorgungsaufträgen oder anderweitiger Nichterfüllung Strafzahlungen fällig werden. Positive Beispiele zeigen, dass stärkere und schwächere Bereiche sich gegenseitig ausgleichen können. Falls ein Versorgungsauftrag für ein Krankenhaus insgesamt zurückgegeben wird, werden wir die Kommunen bei der Rekommunalisierung unterstützen.

Qualität ist neben der Erreichbarkeit ein zentrales Kriterium in der Krankenhausplanung. Ein hohes Maß an Routine der Behandelnden führt zu deutlich besseren Ergebnissen. Daher wollen wir Behandlungszentren für besondere Eingriffe unterstützen. Wir sichern so den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eine möglichst wohnortnahe Grund- und Regelversorgung und eine erreichbare Behandlung bei maximaler Qualität für komplexere Eingriffe. In die Struktur und Qualität der Versorgung muss stetig investiert werden. Wir werden die Investitionsmittel für die Krankenhäuser entsprechend bereitstellen und die Investitionsförderung zu einem wichtigen Steuerungsinstrument für die bedarfsspezifische Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern machen.

***Gerechte Entlohnung von Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen  
Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen arbeiten in Mecklenburg-  
Vorpommern vielfach in Kliniken und Beratungsstellen.***

***Sie werden oft nicht am Tarifsystem des öffentlichen Dienstes orientiert  
bezahlt. Eine Entlohnung, angelehnt an E 13 bis E 15, den hohen  
wissenschaftlichen Ausbildungsstand der Psycholog:innen und  
Psychotherapeut:innen beachtend, ist unser Ziel.***

***Werden Sie den BDP bei diesen Forderungen unterstützen? Welche Haltung zu  
diesem Berufen hat Ihre Partei?***

Im gesamten Gesundheitssystem existiert ein Fachkräftemangel. Dreh- und Angelpunkt von Fachkräftegewinnung und guter Versorgung sind und bleiben eine faire Bezahlung der Beschäftigten sowie ein attraktives Arbeitsumfeld. Das betrifft nicht zuletzt die Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen. Vor diesem Hintergrund wurde auf Initiative der SPD-Fraktion im Landtag die Enquetekommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt, die sich u. a. intensiv damit beschäftigt hat, wie dem Fachkräftemangel begegnet kann. Eine Empfehlung der Kommission ist bspw., dass weitere Anreize nötig sind, um die Attraktivität der Berufe zu steigern. Hierbei geht es um eine verlässlichere Arbeitsplanung, Entlastung bei der Bürokratie, Digitalisierung, Möglichkeiten der Delegation sowie der Substitution, geringere Arbeitsbelastung sowie eine bessere Vergütung. Wir werden diese Ansätze der Enquete-Kommission in unserer Gesundheitspolitik berücksichtigen.

***Die Bedeutung von Beratungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern***

***Im Jahr 2020 und 2021 haben sich durch die „Corona-Krise“ besondere Belastungen von Familien, Kindern und Berufstätigen gezeigt. Wir halten eine stabile Beratungsmöglichkeit in Form von Erziehungs- und Familienberatungsstellen im gesamten Bundesland flächendeckend für erforderlich. Ähnliches gilt u.a. für Schuldenberatungsstellen, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und anderen. Auch Nottelphone für Frauen und Kinder sind ein Muss, auch ausreichend Plätze in Frauenhäusern. Welche Position nimmt ihre Partei ein?***

Soziale Gerechtigkeit ist das Herzensthema der SPD. Es ist unser Antrieb, gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Menschen zu schaffen – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, Wohnort oder ethnischen Wurzeln. Wir möchten den Menschen Perspektiven aufzeigen und allen die Möglichkeit eröffnen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Damit das gelingt, brauchen wir ein dichtes Netz an niedrighschwelligem und wohnortnahen Angeboten für alle Lebensbereiche und Lebenslagen. Deshalb werden wir den begonnenen Weg der Kommunalisierung der Beratungslandschaft konsequent fortsetzen und die Kommunen beim Ausbau der Angebote der Beratungsleistungen unterstützen. Die Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat sich bis heute zu einem komplexen System entwickelt, an dem die unterschiedlichsten Akteure mitwirken. Gleichzeitig haben sich aufgrund des demografischen Wandels die Rahmenbedingungen verändert. Gerade im ländlichen Raum mit der stetig geringer und gleichzeitig älter werdenden Bevölkerung stehen wir vor der Herausforderung, allen Menschen ein gutes und flächendeckendes Hilfenetz zu ermöglichen. Das Land hat deshalb einen Prozess zur Reform der Beratungslandschaft angestoßen. Wir unterstützen diesen Prozess, der jedoch nur zusammen mit allen beteiligten Akteuren gelingen kann. Gemeinsam müssen Lösungen erarbeitet werden, die den Menschen im Land lebensweltnahe und fachbezogene Beratungsangebote ermöglichen.